

---

## 1297/A(E) XXVII. GP

---

**Eingebracht am 24.02.2021**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

# Entschließungsantrag

der Abgeordneten Reinhold Lopatka, Ewa Ernst-Dziedzic  
Kolleginnen und Kollegen

## **betreffend die Verurteilung von Alexei Nawalny in Russland**

Nachdem der russische Oppositionsaktivist und Regimekritiker Alexei Nawalny am 20.08.2020 auf einem russischen Inlandsflug zusammengebrochen und das Flugzeug in Omsk notgelandet war, wurde Nawalny im dortigen Krankenhaus notversorgt. Am 22.08.2020 wurde Nawalny nach Deutschland überstellt, wo er in der Berliner Charité behandelt wurde.

Am 02.09.2020 bestätigte ein Untersuchungsbericht des Labors für Pharma- und Toxikologie der Deutschen Bundeswehr, dass Nawalny durch ein Nervengift aus der Gruppe Nowitschok vergiftet worden war, was auch von einschlägigen Labors in Frankreich und Schweden und der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) bestätigt wurde.

Die österreichische Bundesregierung verurteilte wie die anderen EU-Staaten auch den Anschlag auf Nawalny aufs Schärfste und forderte eine unabhängige Untersuchung. In einer Erklärung des Hohen Vertreters Josep Borrell im Namen der EU-27 vom 03.09.2020 wurde Russland aufgefordert, eine transparente Aufklärung des Anschlages durchzuführen und mit der OPCW zusammenzuarbeiten.

Der Mordanschlag auf Alexei Nawalny wurde im EU-Außenministerrat am 21.09., 12.10. 2020, am 25.01. und am 22.02.2021 sowie im Europäischen Rat am 01./02.10. und am 13./14.10.2020 behandelt und verurteilt. Der Einsatz von Chemiewaffen, egal unter welchen Umständen, ist inakzeptabel und stellt einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen dar. Per Ratsbeschluss vom 14.10.2020 wurden daher im Rahmen des EU Chemiewaffen-Sanktionsregimes gegen sechs russische Personen und eine russische Forschungseinrichtung in Reaktion auf die Vergiftung von Nawalny restriktive Maßnahmen verhängt. Die verhängten restriktiven Maßnahmen umfassen ein Einreiseverbot in die EU für Personen und das Einfrieren ihrer Vermögenswerte, wobei Letzteres auch für die Organisation gilt. Darüber hinaus ist es Personen und Organisationen aus der EU verboten, jenen Personen und Organisationen, die in der Sanktionsliste aufgeführt sind, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Nach seiner Genesung kehrte Alexei Nawalny am 17.01.2021 nach Moskau zurück, wo er unmittelbar nach seiner Landung festgenommen und in Untersuchungshaft genommen wurde. Ihm wurde vorgeworfen, Bewährungsauflagen im Zusammenhang mit einem Verfahren, das der EGMR im Jahr 2017 für willkürlich und politisch motiviert erklärt hatte, verletzt zu haben. Die österreichische Bundesregierung forderte seine unverzügliche und bedingungslose Freilassung. Am 02.02.2021 wurde Nawalny von einem Moskauer Gericht zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, von denen er noch zwei Jahre und acht Monate verbüßen muss. Damit

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

ist Nawalny höchstwahrscheinlich von den Dumawahlen am 19.09.2021 und den Präsidentenwahlen 2024 ausgeschlossen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte forderte Russland am 16.02.2021 auf, Nawalny umgehend aus der Haft zu entlassen.

Das Urteil steht stellvertretend für die Willkür, den repressiven Umgang mit einer kritischen Zivilgesellschaft bzw. Opposition und die Beschneidung von Grund- und Freiheitsrechten, die tausenden Menschen in ganz Russland regelmäßig widerfährt.

Die Verhaftung Nawalnys und seine Verurteilung führten im Jänner und Februar in Moskau und in 100 bis 150 Städten in Russland zu großen Kundgebungen, bei denen jeweils mehrere Tausend Personen teilweise unter Anwendung brutaler Polizeigewalt festgenommen und zahlreiche Strafverfahren eingeleitet wurden. Die österreichische Bundesregierung forderte die russischen Behörden auf, ihre internationalen Verpflichtungen u.a. im Rahmen des Europarats und der OSZE wahrzunehmen und die in Ausübung ihrer Versammlungs- und Meinungsfreiheit Protestierenden nicht zu kriminalisieren.

Die Verurteilung Nawalnys und die unverhältnismäßige Reaktion auf die Proteste dagegen zeigen deutlich, dass der Opposition, der Zivilgesellschaft und unabhängigen Stimmen in der Russischen Föderation immer weniger Raum gelassen wird. Russland muss aufgefordert werden, seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen wie dem Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie dem Recht auf ein faires Verfahren, die auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgeschrieben ist, nachzukommen. Die Achtung und der Schutz der Menschenrechte sind keine innere Angelegenheit. Die Förderung und der Schutz der Menschenrechte sind ein Grundpfeiler und eine Priorität des auswärtigen Handelns der EU.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht, weiterhin auf bilateraler Ebene, im Rahmen der Europäischen Union und im Rahmen anderer geeigneter internationaler Foren darauf zu bestehen, dass auch in Russland Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Grundfreiheiten respektiert werden. Zudem soll- gemeinsam mit den EU-Partnern- für eine verstärkte Unterstützung der Zivilgesellschaft eingetreten werden.

Zudem wird die Bundesregierung ersucht, weiterhin für die unverzügliche Freilassung Alexei Nawalnys und der festgenommenen Demonstranten einzutreten.

Die Bundesregierung wird ersucht, sich im Einklang mit europäischen Partnern für geeignete restriktive Maßnahmen gegen Einzelpersonen in Reaktion auf das Urteil gegen Alexei Nawalny einzusetzen“.

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Außenpolitischen Ausschuss vorgeschlagen.*